

INHALT

| | |
|------------------------|----------|
| ZUSAMMENFASSUNG | 2 |
|------------------------|----------|

| | |
|---|----------|
| GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR | 3 |
| Deutsche Rüstungsexporte | 4 |
| Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland | 3 |
| Militärausgaben | 3 |
| Lokale Rüstungsindustrie | 10 |
| Streitkräftestruktur | 12 |
| Bewaffung der Streitkräfte | 13 |
| Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft | 17 |
| Polizei und andere Sicherheitskräfte | 18 |

| | |
|---|-----------|
| INFORMATIONEN NACH DEN KRITERIEN DES GEMEINSAMEN STANDPUNKTS | 20 |
| Einhaltung internationaler Verpflichtungen | 20 |
| Achtung der Menschenrechte im Empfängerland | 21 |
| Innere Lage im Empfängerland | 20 |
| Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region | 20 |
| Bedrohung von Alliierten | 17 |
| Verhalten in der internationalen Gemeinschaft | 30 |
| Unerlaubte Wiederausfuhr | 33 |
| Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes | 34 |

ZUSAMMENFASSUNG

Militärischer Sektor in Bangladesch

Die Streitkräfte Bangladeschs umfassen insgesamt 163.000 aktive Soldat:innen und sind damit nach Indien, Pakistan, Sri Lanka und Afghanistan das fünftgrößte Militär in Südasien. Militärisches Personal aus Bangladesch ist an einer Vielzahl internationaler VN-Missionen beteiligt. Mit 6.709 für UN-Friedensmissionen abgestellten Streit- und Polizeikräften ist Bangladesch derzeit (Stand: Juni 2022) der weltweit größte Truppensteller für die Vereinten Nationen.

Bangladesch modernisiert seit 2009 seine Streitkräfte. Seitdem ist sowohl ein deutlicher Anstieg der Militärausgaben, als auch ein konstanter Anstieg der Rüstungsimporte zu beobachten. Dementsprechend nimmt Bangladesch zwischen 2017 und 2021 die 24. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. China war dabei der mit Abstand wichtigste Lieferant, gefolgt von Russland. Deutsche Rüstungsexporte spielten für Bangladesch bis 2019 nur eine marginale Rolle. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland zwar regelmäßig Rüstungsgüter in das südasiatische Land, zumeist jedoch in einem Volumen von unter einer Millionen Euro. 2019 erreichten die deutschen Rüstungsexporte mit 45,4 Millionen Euro für den Export von Flugzeugen und Teilen für Kampfflugzeuge jedoch einen Höchstwert. 2021 wurden zudem 24 G-120TP Trainingsflugzeuge geordert und bereits zehn Stück geliefert.

Die Rüstungsindustrie in Bangladesch ist überwiegend staatlich kontrolliert und verfügt, auch im regionalen Vergleich, bislang nur über geringe Kapazitäten. Im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms wird der Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie jedoch vorangetrieben, insbesondere durch die Kooperation mit chinesischen Unternehmen. Langfristig soll so die starke Abhängigkeit des Militärs von Waffenimporten verringert werden. In den letzten Jahren wurden hier auch bereits große Fortschritte erzielt.

Das Militär spielt in Bangladesch eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche prägen bis heute die politische Geschichte des seit 1971 unabhängigen Landes. Noch 2007 wurde die Armee im Inland eingesetzt, um die gewaltsamen Ausschreitungen und oppositionellen Proteste für eine Wahlrechtsreform zu zerschlagen. Der wirtschaftliche Einfluss des Militärs ist groß. Viele Unternehmen, nicht nur im Rüstungsbereich, werden von ranghohen Militärs geführt. Die wirtschaftlichen Interessen des Militärs sind mittlerweile auf beinahe alle wichtigen Sektoren verteilt. So gehören dem Militär Unternehmen in den Bereichen Lebensmittel, Textilien, Bekleidung, Elektronik, Finanzen, Immobilien und Reisen.

Medienberichten zufolge sind die Geheimdienste des Landes maßgeblich an politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Auch der Polizei und anderen Sicherheitskräften, insbesondere dem Rapid Action Bataillon, einer hauptsächlich auf Terrorismusbekämpfung ausgerichteten Spezialeinheit, werden Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen vorgeworfen. Vor allem im Kampf gegen die Drogenkriminalität dokumentieren lokale und internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen gegenwärtig eine Welle außergerichtlicher Tötungen durch bangladeschische Sicherheitskräfte.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Gegen Bangladesch ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt. Das Land ist Mitglied zahlreicher völkerrechtlicher Abrüstungsverträge, dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 jedoch nicht beigetreten. Den internationalen Waffenhandelsvertrag hat das südasiatische Land zwar bereits 2013 unterzeichnet, bislang aber noch nicht ratifiziert.

Bangladesch hat alle internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert und die Sicherung grundlegender Menschenrechte ist in der Verfassung festgeschrieben. Dennoch muss die Menschenrechtssituation im Land als sehr problematisch bezeichnet werden. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten unter anderem von außergerichtlichen Hinrichtungen, Folter und weiteren Repressionen gegen Regierungskritiker:innen durch staatliche Sicherheitskräfte. Es herrscht ein Klima der Straflosigkeit.

Bangladesch ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung, bei der Gewalt zwischen den politischen Gegner:innen üblich ist. Besorgniserregend sind insbesondere die Konflikte zwischen der Regierung und indigenen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts, einer Provinz im Südosten des Landes, sowie Spannungen in Folge der massenhaften Vertreibung der Rohingya aus dem Nachbarland Myanmar. Aktuell befinden sich fast 900.000 geflüchtete Rohingya in Bangladesch (Stand: August 2021). Ihre Lebenssituation in den überfüllten Lagern ist prekär. Es kommt zu Konflikten mit den Einheimischen.

Das Verhältnis zu Myanmar ist durch die Vertreibung der Rohingya von schweren Vorwürfen geprägt. Premierministerin Hasina Wajed verurteilt die vom Militär Myanmars verübten Gräueltaten gegen die Rohingya als Genozid. Immer wieder kommt es an der Grenze zu Schüssen von myanmarischen Grenzposten auf Geflüchtete, die auf dem Weg nach Bangladesch sind.

Trotz verstärkter Anstrengungen der nationalen Sicherheitsbehörden bleibt die illegale Verbreitung von Waffen, primär von Klein- und Leichtwaffen, in Bangladesch und den Grenzregionen mit Indien und Myanmar ein großes Problem. Mehr als 400.000 illegale Kleinwaffen sind in Bangladesch im Umlauf. Teile der illegal gehandelten Waffen stammen aus Polizei- und Militärbeständen. Insbesondere im Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist das Risiko hoch, dass diese aus staatlichen Arsenalen verschwinden und über den Schwarzmarkt und Schmuggel in den Händen nicht-staatlicher Gewaltakteure im In- und Ausland landen.

Im Ranking des Globalen Militarisierungsindex des BICC lag Bangladesch in den vergangenen fünf Jahren stets auf einem Platz zwischen 102 und 112. Bei 151 berücksichtigten Staaten gehört Bangladesch damit im weltweiten Vergleich noch zu den eher gering militarisierten Ländern. Angesichts des soliden Wirtschaftswachstums, des derzeit noch geringen Militarisierungsgrades, sowie der zuletzt sinkenden Armenquote stellen die wachsenden Sicherheitsausgaben aktuell kein akutes Problem dar. Ob des geringen Entwicklungsgrades des Landes, stellen jedoch alle nicht dringend notwendigen Investitionen in die Streitkräfte eine Herausforderung für die Entwicklung des Landes dar. In der Datenbank des BICC wird Kriterium 8 des gemeinsamen Standpunktes daher als kritisch eingeschätzt.

GRUNDDATEN ZUM MILITÄRISCHEN SEKTOR

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2020 (in Millionen Euro)

| Jahr | Güter / in Prozent des Gesamtwertes | Gesamtwert |
|------|---|------------|
| 1999 | Teile für Kriegsschiffe: 60,9% Elektronische Ausrüstung: 31,9% | 6,6 |
| 2000 | Übungsmunition: 77,9% Nuklear/Chemisches Warnsystem: 14,6% | 0,66 |
| 2001 | Revolver, Pistolen, Sportpistolen und -revolver, inkl. -teile: 69,5% Munition für Revolver und Pistolen: 17,6% | 0,17 |
| 2002 | Gepanzerte Geländewagen [Personenschutz]: 36,9% Teile für Funkanlagen: 32,5% Übungsmunition: 27,2% | 0,72 |
| 2003 | VHF/FM-Sende- und Empfangsgeräte: 98,8% | 0,1 |
| 2004 | Übungspatronen: 65,3% Funkgeräte, Wanderfeldröhren und Teile für Kommunikationsausrüstung: 34,4% | 0,25 |
| 2005 | Geländewagen: 48,9% Teile für Sonaranlagen: 37,5% | 1,14 |
| 2006 | Geländewagen und Teile für militärische Landfahrzeuge: 99,9% | 0,12 |
| 2007 | --- | --- |
| 2008 | Übungspatronen: 77,1% Motoren für LKW: 19,4% | 0,37 |
| 2009 | Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 99,8% | 10,49 |
| 2010 | Teile für Sonaranlagen: 60,7% Kabinendachverglasungen: 26,7% | 0,1 |
| 2011 | Minenschutzanzüge: 91,7% | 0,36 |
| 2012 | Teile für Küstenschutzboote: 89,1% | 0,36 |
| 2013 | Teile für Torpedos und Täuschkörper: 57,8% Munition für Jagdfinten und Sportflinten: 42,2% | 0,1 |
| 2014 | Munition für Jagdfinten und Sportflinten: 51,6% Kabinendachgläser für Trainingsflugzeuge: 48,3% | 0,1 |
| 2015 | Geländewagen mit Sonderschutz und Teile für ballistischen Schutz: 94,8% | 1,41 |

| Jahr | Güter / in Prozent des Gesamtwertes | Gesamtwert |
|------|---|------------|
| 2016 | Teile für LKW: 99,0% | 0,1 |
| 2017 | Geländewagen mit Sonderschutz [World Bank] und Teile für ballistischen Schutz [World Bank]: 97,1% | 0,4 |
| 2018 | Ausrüstung zum Stören von Satellitennavigation und Teile für Kommunikationsausrüstung: 61,3% Bildverstärkerröhren: 22,6% | 6,94 |
| 2019 | Flugzeuge und Teile für Kampfflugzeuge, Flugzeuge, Transportflugzeuge: 89,5% | 45,4 |
| 2020 | Bildverstärkerröhren: 98,8% | 4,02 |

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2020, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <http://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2020

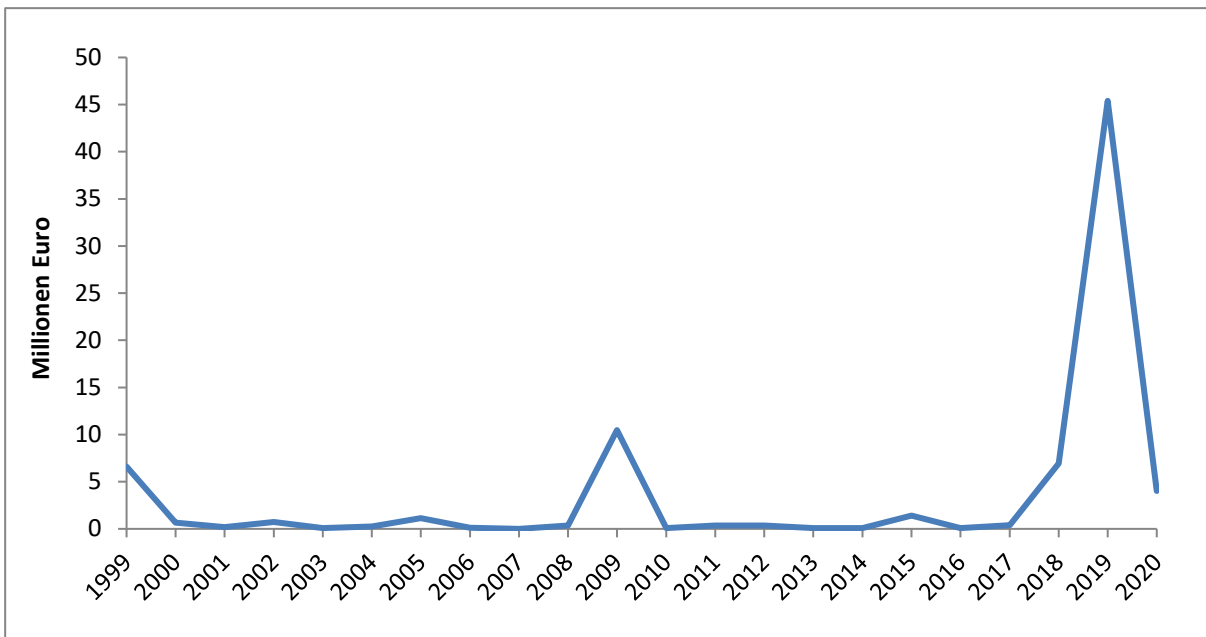


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Bangladesch 2000-2021

| Anzahl | Bezeichnung | Waffenkategorie | Bestell-Jahr | Liefer-Jahre | Bisher geliefert | Kommentar |
|--------|-------------|--------------------|--------------|--------------|------------------|---|
| 1 | ASO-90 | ASW Sonar | (1998) | 2001 | 1 | Für eine DW-2000H Fregatte aus Südkorea |
| 2 | Do-228MP | Seefernaufklärer | 2011 | 2013 | 2 | Do-228-212NG Version |
| 2 | Do-228MP | Seefernaufklärer | 2017 | 2021 | 1 | Do-228-212NG Version |
| 24 | G-120TP | Trainingsflugzeuge | 2021 | 2021 | (10) | |

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Bangladesch zählt nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsexporte. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland zwar regelmäßig Rüstungsgüter in das südasiatische Land – darunter gepanzerte Geländewagen, Jagd- und Sportflinten, Munition, Teile für Küstenschutzboote und Minenschutzanzüge – zumeist jedoch in einem Volumen von unter einer Millionen Euro. Eine Ausnahme stellt u. a. das Jahr 1999 dar, in welchem die Bundesregierung den Export von Rüstungsgütern, darunter ein ASO-90 ASW Sonar für eine DW-2000 Fregatte aus Südkorea, für 6,6 Millionen Euro genehmigte. 2009 wurden der Export von Kommunikationsausrüstung in einem finanziellen Volumen von rund 10,5 Millionen an das südasiatische Land genehmigt.

In den vergangenen zwei Jahren kann nun ein Anstieg der deutschen Rüstungsexportgenehmigungen verzeichnet werden. Betrag der Umfang der Rüstungsexporte 2017 noch rund 400.000 Euro, genehmigte die Bundesregierung 2018 Exporte in einem finanziellen Volumen von rund sieben Millionen Euro. 2019 erreichten die deutschen Rüstungsexporte mit 45,4 Millionen Euro einen neuen Höchstwert. Zurückzuführen ist dieser Genehmigungswert insbesondere auf den Export von Flugzeugen und Teilen für Kampfflugzeuge.

2011 wurden zwei Seefernaufklärer vom Typ Do-228 in der modernisierten NG-Version beim deutschen Flugzeughersteller Dornier bestellt, die sich seit 2013 im Dienst der Marine befinden und zur Überwachung des Luftraums und der Küsten eingesetzt werden. Die Flotte soll zukünftig um zwei weitere Seefernaufklärer erweitert werden, die 2017 bestellt wurden. 2021 wurden sie geliefert. Zusätzlich ausgestattet werden diese mit Seaspray 5000E Multifunktionsradaren des italienischen Rüstungskonzerns Leonardo. 2021 wurden zudem 24 G-120TP Trainingsflugzeuge bestellt und bereits zehn Stück geliefert. Die restlichen 14 Stück sollen 2022 folgen.

In vergangenen Jahren (2008-2010, 2012-2016, 2019 sowie 2020) wurden einige Rüstungsexporte nach Bangladesch nicht genehmigt. Die Bundesregierung begründete diese

Entscheidungen mit der Missachtung der Menschenrechte, der prekären inneren Lage und der Gefahr einer unerlaubten Wiederausfuhr. Zuletzt wurden auch Bildverstärkerrohren im Wert von 4 Millionen Euro geliefert.

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Bangladesch 2017-2021, Mio. USD

| Jahr | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2017-2021 |
|-------|------|------|------|------|------|-----------|
| Summe | 330 | 151 | 738 | 57 | 101 | 1376 |

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

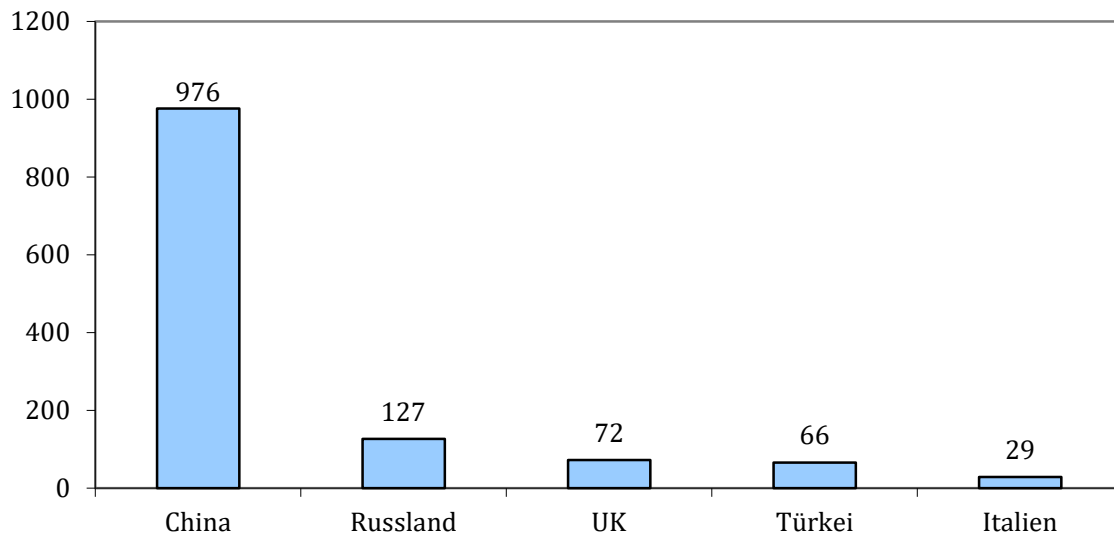
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Bangladesch 2017-2021, Mio. USD

| Jahr | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2017-2021 |
|-------|------|------|------|------|------|-----------|
| Summe | - | - | - | - | 8 | 8 |

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten der Rüstungsgüter 2017-2021, Mio. USD

Alle Angaben in konstanten Preisen mit 1990 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI-Datenbank (Stand: März 2022) nahm Bangladesch zwischen 2017 und 2021 die 24. Stelle unter den weltweiten Waffenimporteuren ein. China war dabei der mit Abstand wichtigste Lieferant, gefolgt von Russland.

Seit 2010 ist ein konstanter Anstieg der Rüstungsimporte nach Bangladesch zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist eine Folge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“, welches 2009 begann. Im Zuge dessen sollen alle Teilstreitkräfte umfassend mit moderner Militärtechnologie ausgestattet werden. Da Bangladesch selbst über relativ geringe rüstungsproduzierende Kapazitäten verfügt, profitierten bisher insbesondere Rüstungsunternehmen aus China von der stark gestiegenen Nachfrage. So lieferte China in den vergangenen Jahren u. a. 49 WS-22 Mehrfachraketenwerfer, 16 Trainings-/Kampfflugzeuge vom Typ K-8W Karakorum sowie elf Trainingsflugzeuge vom Typ Nanchang CJ-6. An maritimen Waffensystemen exportierte China 2014 zwei gebrauchte Fregatten der Abu Bakar-Klasse, 2015 und 2019 je zwei Fregatten der Shadhinota-Klasse sowie zwei gebrauchte Fregatten vom Type-053H3, von denen 2019 zwei weitere bestellt wurden. 2016 lieferte China zwei gebrauchte, vor dem Export modernisierte U-Boote der Nabajatra-Klasse mit dazugehörigen Torpedos. Auch Korvetten (LPC-1) und Panzer (vornehmlich Type-59G und MBT-2000), wurden seit 2014 aus China bezogen. 2021 wurden zudem 44 VT-5 Panzer aus China geliefert.

Während Chinas jüngste Verkäufe nach Bangladesch also insbesondere maritime Waffensysteme umfassen, beschränkt sich die seit 2011 gestiegene Nachfrage nach russischen Großwaffensystemen primär auf Land- und Luftwaffensysteme. So lieferte Russland zwischen 2011 und 2017 insgesamt 493 gepanzerte Mannschaftstransporter/Schüt-

zenpanzer vom Typ BTR-80. Zwischen 2015 und 2016 lieferte Russland 16 Jak-130 Trainings- bzw. leichte Kampfflugzeuge. 16 bewaffnete Mil Mi-17 Transporthubschrauber, die mit einem russischen Kredit von einer Milliarde US-Dollar finanziert wurden, importierte Bangladesch zwischen 2015 und 2019.

Im Zuge der gegenwärtig zu verzeichnenden Diversifizierung der Rüstungsexporteure importiert Bangladesch mittlerweile auch vermehrt Waffensysteme aus europäischen Staaten, insbesondere Frankreich, Großbritannien, Italien und der Türkei. Der italienische Rüstungskonzern Leonardo lieferte seit 2015 sechs Hubschrauber vom Typ AW139 und AW119 Koala. 2019 bestellte Bangladesch zwei Kronos Luftaufklärungsradare und 2020 drei Falco-Drohnen.

Airbus stattete das Land mit taktischen C295W Transportflugzeugen aus. Zwischen 2015 und 2019 lieferte Frankreich auch acht Dieselmotoren, welche in den Fregatten der Shadhinota-Klasse aus China verbaut werden. Aus Großbritannien erhielt Bangladesch im April 2020 das letzte der insgesamt fünf C-130J Hercules Transportflugzeuge, die 2018 für die Luftwaffe bestellt wurden.

Die Türkei lieferte zwischen 2013 und 2018 89 Cobra-Mannschaftstransporter und im Jahr 2021 18 T-300 Mehrfachraketenwerfer-Systeme und 400 Stück entsprechende Lenk- raketen des Typs TRG-300.

Die USA spielen als Rüstungslieferant gegenwärtig nur eine sehr geringe Rolle. 2013 und 2015 schenken die USA der Marine Bangladeschs jeweils ein gebrauchtes Schiff der Hamilton-Klasse. Zudem lieferte die USA acht Turbinen für die vier Seefernaufklärer aus deutscher Produktion. Eine Ausweitung der Rüstungskooperation wird gegenwärtig forciert, um dem Einfluss Chinas zu begegnen. So wurden im Oktober 2019 zwei bilaterale Abkommen zur zukünftigen Intensivierung der Kooperation mit den USA im Verteidigungsbereich unterzeichnet.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

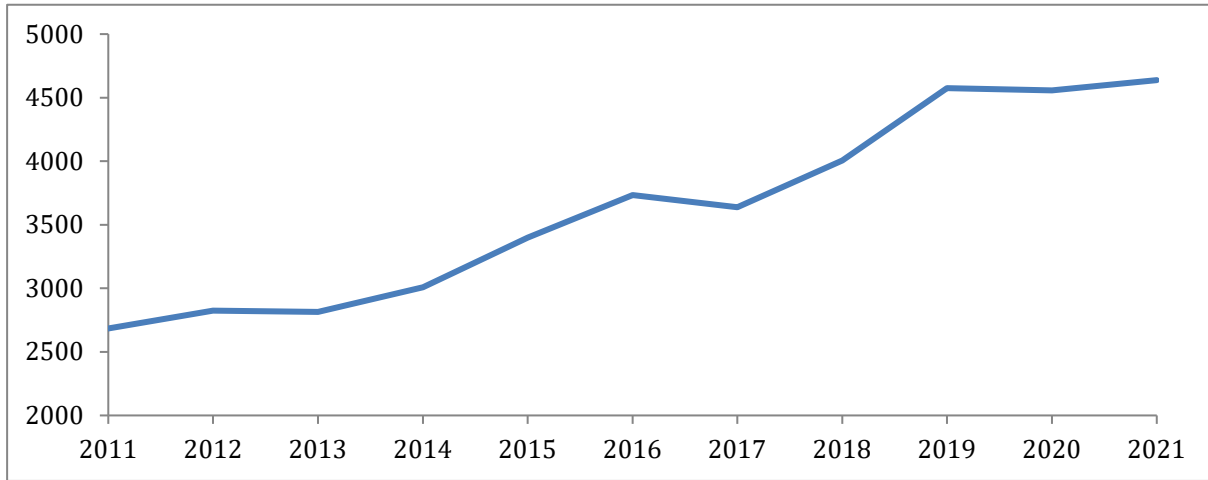
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|--|------|------|------|------|------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | 3638 | 4006 | 4574 | 4558 | 4638 |
| Anteil am BIP (in Prozent) | 1,2 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,3 |
| Anteil an Staatsausgaben (in Prozent) | 9,8 | 9,5 | 9,4 | 9,2 | 8,6 |

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

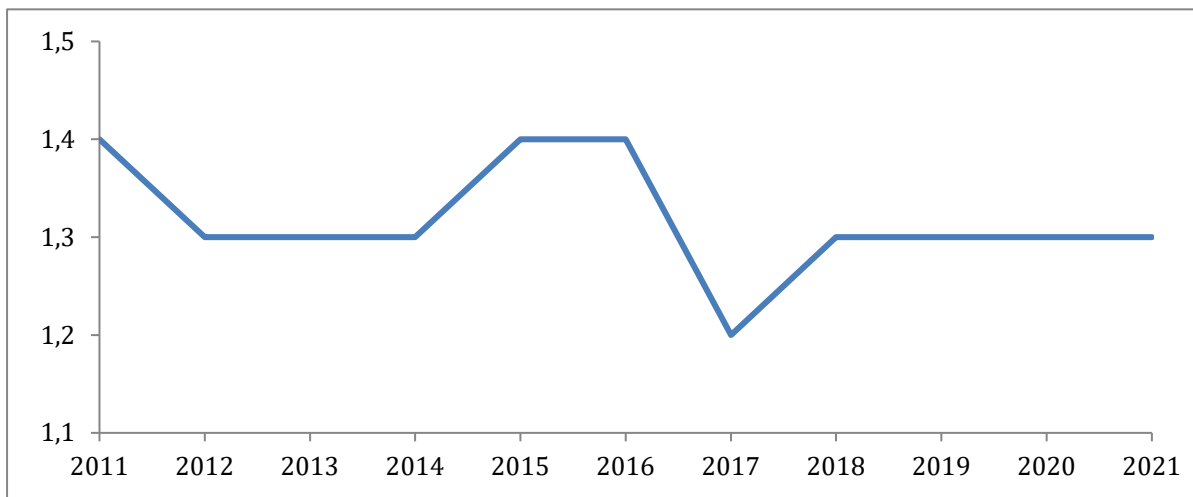
Absolute Militärausgaben, Trend 2011 – 2021 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2011 – 2021 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.
Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Die Rüstungsindustrie in Bangladesch verfügt, auch im regionalen Vergleich, über geringe Kapazitäten. Im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“ wird der Ausbau der lokalen Rüstungsindustrie, insbesondere durch die Kooperation mit chinesischen Unternehmen, jedoch gegenwärtig vorangetrieben. Langfristig soll

die starke Abhängigkeit des Militärs von Waffenimporten dadurch verringert werden. Der überwiegende Anteil der Rüstungsunternehmen in Bangladesch ist staatlich kontrolliert und steht im Besitz der jeweiligen Teilstreitkraft, die das Unternehmen mit Waffensystemen und Technologien versorgt.

Der größte Rüstungskonzern des südasiatischen Landes, die Bangladesh Ordnance Factories (BOF), wurde bereits in den 1970er Jahren mit technischer und finanzieller Hilfe aus China aufgebaut. Mittlerweile umfasst BOF neun Fabriken, in denen Kleinwaffen und dazugehörige Munition, Granaten, Raketen und Artillerie-Munition produziert werden (unter anderem wird das Typ 81 Sturmgewehr der China North Industries Corporation in Lizenz produziert und das G3 Gewehr von Heckler & Koch). Beim Ausbau der Produktionskapazitäten wurde auch Technologie aus Deutschland, Italien, Belgien und Österreich verbaut. Im Jahr 2021 schloss das Unternehmen außerdem einen Vertrag mit dem türkischen Unternehmen REPKON über die Einrichtung einer 105-mm- und einer 155-mm-Artillerieschoss Produktionslinie. Die Produktion von MANPADS und Panzerabwehr- lenkwaffen befinden sich in Planung.

Auch die Bangladesh Machine Tools Factory wurde Ende der 1970er Jahre gegründet. Produziert und repariert werden dort überwiegend gepanzerte militärische Fahrzeuge wie Trucks und SUVs. Gegenwärtig modernisiert das Rüstungsunternehmen die veralteten chinesischen Typ 59 und Typ 69-II Kampfpanzer des Heeres.

Insbesondere im maritimen Bereich existieren größere Produktionskapazitäten, deren Ausbau in den vergangenen Jahren zunehmend intensiviert wurde. Die Dockyard and Engineering Works (DEW), die seit 2007 im Besitz der Marine ist, produziert Landungsboote für die Marine sowie diverse Patrouillenboote für die Küstenwache. 2016 begann die DEW mit dem Aufbau einer Fabrik zur Instandhaltung der zwei chinesischen U-Boote. Auch die staatliche Chittagong Dry Dock Limited, bisher auf die Wartung und Überholung ziviler Handelsschiffe beschränkt, ist seit 2019 auf der Suche nach einem internationalen Rüstungsunternehmen zur gemeinsamen Produktion von sechs Patrouillenbooten. Das größte lokale Unternehmen zur Produktion und Instandhaltung von Kriegsschiffen ist die Khulna Shipyard Limited (KSL). Gemeinsam mit der chinesischen Wuchang Shipyard produziert die staatliche Schiffswerft die bewaffnete Korvette der Durjoy-Klasse. Zudem produziert SKL gegenwärtig, gemeinsam mit der China Shipbuilding Industry Corporation, fünf Patrouillenboote der Padma-Klasse für die Marine. Bereits zwischen 2011 und 2013 wurden fünf der bewaffneten Patrouillenboote im Joint Venture produziert, die später auch an regionale Bündnispartner exportiert werden sollen. Die Malediven haben für ihre Küstenwache bereits Interesse an den Patrouillenbooten bekundet.

Um langfristig auch internationale Märkte bedienen zu können, unterzeichneten Bangladeschs Wirtschaftsministerium und der niederländischen Schiffsbauer Damen im Januar 2020 eine Vereinbarung über den gemeinsamen Kapazitätsausbau und die Weiterentwicklung der lokalen Industrie für den zivilen und militärischen Schiffsbau. Auch mit Südkorea wird derzeit eine engere Kooperation forciert. Im Kontext dieser industriepolitischen Strategie konnte Bangladesch auf dem zivilen Schiffmarkt – ähnlich wie Vietnam, Brasilien und Indien – bereits zu einer internationalen Exportnation und zu einem Konkurrenten europäischer Werften avancieren.

Um langfristig auch in der Luftfahrtindustrie die technologische Abhängigkeit zu verringern, gründete Bangladesch 2011 das Bangabandhu Aeronautical Centre (BAC), welches dem Verteidigungsministerium untersteht. Ziel des BAC ist es, eine autarke Industrie

zur Produktion und Instandhaltung von Flugzeugen, Drohnen, Radar- und Kommunikationssystemen aufzubauen. Dazu kooperiert die Industrie in Bangladesch insbesondere mit der chinesischen Hongdu Aviation Industry Group und den russischen Rüstungskonzernen Mil und Irkut Corporation. Eine Anlage zur Überholung der Chengdu F-7 Jagdflugzeuge wurde in Zusammenarbeit mit China und der Ukraine bereits entwickelt. 2019 wurde in Lalmonirhat der Grundstein für den Bau einer Fabrik zur Herstellung von Flugzeugen gelegt.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Keine

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

163.050 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 132.150

Marine: 16.900

Luftwaffe: 14.000

Paramilitärische Einheiten: 63.900, davon:

Ansars: 20.000

Schnelle Eingreiftruppe: 5.000

Grenztruppen: 38.000

Küstenwache: 900

Quelle: IISS Military Balance 2022

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2013–2021

| | 2013 | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|--|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Aktive in 1.000 (IISS) | 157 | 157 | 157 | 157 | 157 | 157 | 163 | 163 | 163 |
| Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen) | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |

Quellen: IISS Military Balance, 2014-2022, World Bank

Kommentar

Das Militär Bangladeschs ist in drei Teilstreitkräfte (Heer, Marine, Luftwaffe) untergliedert. 63.900 Personen stehen zudem den paramilitärischen Einheiten des Landes zur

Verfügung, zu denen neben der paramilitärischen Einheit der Ansars, die dem Innenministerium unterstehen und für den Erhalt der inneren Sicherheit zuständig sind, der Grenzschutz, die Küstenwache und eine schnelle Eingreiftruppe gehören. Im regionalen Vergleich ist das Militär personell verhältnismäßig gut aufgestellt. Mit mehr als 163.050 aktiven Soldat:innen verfügt Bangladesch in Südasien nach Indien, Pakistan, Sri Lanka und Afghanistan über die größten Streitkräfte. Der Fokus liegt insbesondere auf der Landesverteidigung, dem Erhalt der innerstaatlichen Stabilität, dem Schutz der Küste sowie der Sicherung der dortigen Wasserstraßen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist die Katastrophenhilfe.

Bangladeschs Streitkräfte sind an einer Vielzahl internationaler VN-Missionen beteiligt. 2021 stellte Dhaka insgesamt rund 6.000 Angehörige der Streitkräfte und Polizei für internationale Friedensmissionen ab, womit Bangladesch den Vereinten Nationen weltweit in diesem Jahr den größten Anteil an Militär- und Polizeikräften zur Verfügung stellte. Die dadurch bezogenen finanziellen Rekompensationen stellen für den Staat und die Streitkräfte eine wichtige Einkommensquelle dar. Die eingesetzten Soldat:innen gelten als diszipliniert und zuverlässig; mehrfach wurde bangladeschisches Militärpersonal zu Kommandeur:innen von Friedenmissionen ernannt.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------------------|--------------|--|
| Schwere Panzer | 276 | |
| Leichte Panzer | 8 | |
| Aufklärer | Mehr als 8 | |
| Bergepanzer | Mehr als 3 | |
| Gepanzerte Mannschaftstransporter | 545 | |
| Artillerie | Mehr als 895 | |
| Panzerabwehr | 238 | Anzahl der rückstoßfreien Abschussgeräte; zusätzlich einige Raketen |
| Luftabwehr | 174 | Anzahl der Geschütze; zusätzlich einige Boden-Luft-Flugabwehrraketen |
| Transportflugzeuge | 7 | |
| Mehrzweckhubschrauber | 2 | |
| Transporthubschrauber | 6 | |
| Amphibienfahrzeuge | 3 | |

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Das Heer ist mit über 130.000 Soldat:innen personell gut aufgestellt. Die materielle Ausstattung wurde in den vergangenen Jahren im Zuge des militärischen Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“ erheblich verbessert – sowohl hinsichtlich ihrer Qualität als auch der Quantität.

Zur Modernisierung der bestehenden Flotte an schweren Kampfpanzern vom Typ 59/Typ 69 wurden 2009 bspw. 300 Aufrüstsätze in China bestellt, die die Feuerkraft der schweren Kampfpanzer erhöhen sowie Panzerung und Leistung verbessern. Die Anzahl an leichten Kampf- und Amphibienpanzern soll in den kommenden Jahren erhöht werden. Die Einfuhr von 44 leichten VT-5 Kampfpanzern aus chinesischer Produktion wurde 2019 beschlossen und erfolgte 2021.

Die meist noch aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden gepanzerten Mannschaftstransporter vom Typ MT-LB wurden im Zuge des Modernisierungsprogramms überwiegend durch BTR-80 Schützenpanzer aus Russland ersetzt, die auch im Zuge internationaler Friedensmissionen eingesetzt werden. Zur Modernisierung der Artillerie lieferte Serbien zwischen 2013 und 2018 36 neue 155mm-Haubitzen vom Typ Nora B-52. Auch mit 49 Mehrfachraketenwerfern aus China wurde die vergleichsweise stark aufgestellte Artillerie des Landes modernisiert. Zur Luftaufklärung für die Artillerie wurden 2017 36 Bramor C4EYE-Aufklärungsdrohnen aus Slowenien beschafft.

Auch die Modernisierung der Heeresflieger ist gegenwärtig in vollem Gange. Zwei Eurocopter AS365 Dauphins der N3+ Version wurden 2012 in Dienst gestellt. Sechs bewaffnete Mil Mi-171Sh Hubschrauber wurden 2016 aus Russland beschafft. Ein C-295W Transportflugzeug wurde aus Spanien gekauft; ein weiteres C-295-Transportflugzeug sowie sechs weitere Mil Mi-171Sh-Hubschrauber wurden kürzlich in die Flotte integriert.

Neben der materiellen Modernisierung der Armee, zu der auch eine deutlich verbesserte Grundausrüstung der Infanterist:innen gehört, wird gegenwärtig auch eine strukturelle Reorganisation der Teilstreitkraft forciert. So soll das militärische Personal des Heeres zukünftig in drei unabhängiger Korps – Zentral, Ost und West – untergliedert werden. Um die Einrichtung dieser neuen Struktur zu erleichtern, wurde die Gesamtgröße der Teilstreitkraft insgesamt erhöht und um drei neue Infanteriebataillone erweitert.

Tabelle 8

Marine

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|------------------|--------|-----------|
| U-Boote | 2 | |
| Fregatten | 6 | |
| Patrouillenboote | 46 | |
| Davon Korvetten | 6 | |

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|--------------------------------------|--------|-----------|
| Minenboote | 5 | |
| Amphibienfahrzeuge | 15 | |
| Logistik und Unterstützung (Schiffe) | 11 | |

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineflieger:

2 Transportflugzeuge

2 leichte Transporthubschrauber

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die Marine ist mit 16.900 Personen die zweitgrößte Teilstreitkraft des Landes. Ihre Hauptaufgabe besteht im Schutz der Ausschließlichen Wirtschaftszone, also dem Schutz der wirtschaftlichen und militärischen Interessen des Landes im rund 118.800 Quadratkilometer großen Seegebiet am Golf von Bengalen. In der Vergangenheit kam es insbesondere aufgrund überlappender Besitzansprüche auf Öl- und Gasressourcen an den umstrittenen Seegrenzen zu Myanmar und Indien zu maritimen Konflikten, die 2012 bzw. 2014 durch den Internationalen Seegerichtshof in Hamburg bzw. dem Ständigen Schiedshof in Den Haag beigelegt wurden.

Das militärischen Modernisierungsprogramm des Landes sieht die Transformation der Seestreitkräfte in eine moderne, dreidimensionale Marine vor, die über Oberflächen-, Unterwasser- und Seeluftelemente verfügt. So wurde die Ausstattung und Einsatzfähigkeit der Teilstreitkraft in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert. 20 neue Kampfschiffe wurden im Zuge von „Forces Goal 2030“ bereits in die Marine integriert, darunter eine gebrauchte Fregatte der Jianghu I-Klasse sowie zwei Fregatten der Jianghu III-Klasse. Im Dezember 2019 erhielt die Marine aus China zudem zwei gebrauchte Fregatten der Jianghu II-Klasse. Ein Vertrag über die Lieferung zwei weiterer dieser Fregatten wurde im September 2019 unterzeichnet.

Seit 2017 stehen der bangladeschischen Marine zwei gebrauchte U-Boote der Ming-Klasse zur Verfügung. Die 2013 beim chinesischen Unternehmen Poly Technologies bestellten U-Boote operierten zuvor für die Marine der Volksrepublik, wurde vor ihrem Export allerdings umfassend modernisiert. Zwei weitere U-Boote sollen in naher Zukunft beschafft werden. Die Marineflieger Bangladeschs – 2011 gegründet – operieren neben zwei italienischen AW-109E Transporthubschraubern auch zwei Dornier Do 228-212 aus deutscher Produktion, in denen US-amerikanische Triebwerke und britische Radare verbaut sind. Sie wurden 2013 importiert. Ein weiterer Dornier 228 wurde Ende 2021 vom

deutschen Flugzeughersteller General Atomics AeroTec Systems übergeben. Das Flugzeug ist zur Aufklärung, Seeüberwachung, Such- und Rettungseinsätze sowie medizinische Evakuierung und Frachttransporte befähigt.

Tabelle 9
Luftwaffe

| Waffenkategorien | Anzahl | Kommentar |
|-----------------------|--------|-----------------------------|
| Jagdbomber | 53 | |
| Transportflugzeuge | 14 | |
| Ausbildungsflugzeuge | 65 | Davon 35 kampffähig |
| Transporthubschrauber | 19 | |
| Mehrzweckhubschrauber | 16 | |
| Raketen | Einige | u. a.: <i>Archer, Alamo</i> |

Quelle: IISS Military Balance 2022

Kommentar

Die Luftwaffe, deren Hauptaufgabe in der Überwachung und Verteidigung des Luftraumes besteht, verfügt über 14.000 Soldat:innen. Unterteilt ist sie in zwei Kommandos – das nördliche und südliche Luftkommando. In letzterem wird derzeit ein neues Operationszentrum für maritime Luftunterstützungsmissionen eingerichtet. Die zwei verfügbaren Luftwaffenstützpunkte in Shaka und Cox's Bazar werden zukünftig um zwei weitere ergänzt, die sich gegenwärtig im Bau befinden. Auch forciert die Luftwaffe aktuell den Aufbau einer neuen Trainingseinheit, die drei Staffeln umfassen und die Ausbildung der Kampfpilot:innen langfristig verbessern soll.

Die Luftwaffe verfügt über 53 Jagdbomber. Darunter befinden sich unterschiedliche Versionen des chinesischen Chengdu F-7 sowie acht russische Kampfflugzeuge vom Typ MiG-29UG Fulcrum, die gegenwärtig ebenfalls modernisiert werden. 2016 importierte Bangladesch u. a. 16 Chengdu F-7 BGI Kampfflugzeuge der 3.5 Generation aus China. Die Beschaffung von Mehrzweckkampfflugzeugen der 4.5 Generation ist geplant. Um den alten Bestand an Transportflugzeugen, darunter drei in den 1990er importierte Antonov An-32 sowie vier 2001 gebraucht beschaffte C-130B, zu ersetzen, wurden zwischen Juli 2019 und Januar 2020 fünf gebrauchte C-130J Transportflugzeuge aus Großbritannien importiert. Aus der Tschechischen Republik erhielt die Luftwaffe 2015 zudem drei neue L410 UVP-E20 Transportflugzeuge. 2020 lieferte China sieben kampffähige K-8 Ausbildungsflugzeuge. Auch die Hubschrauberflotte wurde im Zuge des Modernisierungsprogramms „Forces Goal 2030“ erheblich vergrößert. Zwischen 2010 und 2019 importierte Bangladesch 21 Mil Mi-171Sh Hubschrauber aus Russland, die sowohl für den Transport als auch offensiv eingesetzt werden können. Wie im Januar 2020 bekannt wurde, plant

Bangladesch gegenwärtig den Kauf einer unbekanntenen Anzahl von Apache AH-64E Kampfhubschraubern aus den USA. Auch unbemannte Luftfahrzeuge mittlerer Flughöhe und mit langer Ausdauer (MALE UAVs) sollen zukünftig beschafft werden.

Box 3

Paramilitärische Einheiten

Küstenwache:

23 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2022

Box 4

Peacekeeping

Demokratische Republik Kongo (MONUSCO): 1.632 Soldat:innen

Libanon (UNIFIL): 229 Soldat:innen

Mali (MINUSMA): 1.118 Soldat:innen

Südsudan (UNMISS): 1.623 Soldat:innen

Sudan (UNISFA): 3 Soldat:innen

Westsahara (MINURSO): 27 Soldat:innen

Zentralafrikanische Republik (MINUSCA): 1.301 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2022

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Das Militär spielt in Bangladesch eine wichtige, wenngleich problematische Rolle. Mehrere Militärputsche prägen bis heute die Geschichte des seit 1971 unabhängigen Landes. Der Anführer der damaligen Unabhängigkeitsbewegung und Staatsgründer Bangladeschs, Scheich Mujibur Rahman, wurde 1975 bei einem Militärputsch getötet. Rahmans Tochter Hasina Wajed, seit 2009 Premierministerin Bangladeschs, hielt sich während des Putsches in Deutschland auf und entkam so dem Anschlag. Nach dem Putsch übernahm das Militär 15 Jahre lang die Macht. General Ziaur Rahman, Armeechef und von 1977 an selbsternannter Präsident Bangladeschs, wurde 1981 bei einem fehlgeschlagenen Putsch konkurrierender Militärs ermordet. 1982 folgte ein Putsch von Armeechef Hossain Mohammed Ershad. Dieser fungierte bis zum Volksaufstand 1990 als Staatspräsident. Seit der Rückkehr Bangladeschs zur parlamentarischen Demokratie kam es 1996 und 2011 erneut zu Putschversuchen durch Militärvertreter:innen. Von Januar 2007 bis Dezember 2008 wurde auf Druck der Streitkräfte der Ausnahmezustand erklärt und eine neue Übergangsregierung unter Fakhruddin Ahmed einberufen, die de facto auf Anweisung des Militärs regierte.

Auch heute noch hat das Militär großen Einfluss auf Politik und Wirtschaft in Bangladesch. Viele Politiker:innen haben einen militärischen Hintergrund. Viele Unternehmen,

insbesondere die größten staatlichen Rüstungsunternehmen, werden von ranghohen Militärs geführt. Die wirtschaftlichen Interessen des Militärs sind aber mittlerweile auf beinahe alle wichtigen Sektoren verteilt. So gehören dem Militär Unternehmen in den Bereichen Lebensmittel, Textilien, Bekleidung, Elektronik, Finanzen, Immobilien und Reisen; darunter u. a. Luxushotels, Restaurant-Ketten und Banken. Die Trust Bank, mit landesweit über 40 Filialen, wird bspw. vom Heer geleitet. Die zunehmende kommerzielle und geschäftliche Tätigkeit des Militärs fördert die Korruption innerhalb der Streitkräfte. Korruptionsfälle innerhalb des Militärs werden vom Parlament nur selten untersucht, da keine Partei die Unterstützung durch das Militär verlieren möchte.

Premierministerin Wajed fungiert innerhalb des Staates als Verteidigungsministerin; Staatspräsident Abdul Hamid ist der Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Diese werden auch im Inneren eingesetzt. Im politisch und ethnisch motivierten Konflikt in den Chittagong Hill Tracts (siehe Kapitel „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) kämpfte die Armee im Südosten des Landes von 1977 bis 1997 gegen die nach Autonomie und Selbstverwaltung strebende Parbattya Chattahram Jana Samhati Samiti und ihren bewaffneten Arm, die Shanti Bahini. Seit 1996 wurde das Militär regelmäßig zur Aufrechterhaltung der Ordnung während Wahlperioden eingesetzt bzw. instrumentalisiert, um die Opposition zu unterdrücken. 2007 wurde die Armee bspw. im Inland eingesetzt, um die gewaltsamen Ausschreitungen und oppositionellen Protesten für eine Wahlrechtsreform, u. a. in Dhaka, zu zerschlagen und weitere Demonstrationen durch eine hohe Präsenz des Militärs zu verhindern. Bis zum Ende des verhängten Notstandes im Dezember 2008 war das Militär landesweit – bspw. auch an Universitäten – stationiert. Seit August 2017 werden die Streitkräfte im Süden von Bangladesch im Distrikt Cox’s Bazar eingesetzt, um die Versorgung und den Schutz der rund 900.000 aus Myanmar geflüchteten Rohingya zu gewährleisten. Seit dem Ausbruch von Covid-19 wird die Armee dazu eingesetzt, soziale Distanzierung, insbesondere im städtischen Raum, zu erzwingen und die Ausbreitung der Pandemie im Land einzudämmen. Die Quarantänezentren werden militärisch überwacht.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

| | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|---|------|------|------|------|------|
| Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit | 1,1 | - | - | - | - |

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Der Sicherheitsapparat Bangladeschs besteht neben der Armee aus der Polizei und einigen, teilweise unter konkurrierenden Mandaten arbeitenden paramilitärischen Einheiten, die allesamt dem Innenministerium unterstehen: Dem Rapid Action Bataillon, eine hauptsächlich auf Terrorismusbekämpfung ausgerichtete Spezialeinheit; den Ansars, die die Behörden bei der Wahrung der inneren Sicherheit und Strafverfolgung unterstützen; dem Grenzschutz (zuvor Bangladesh Rifles) und der Küstenwache.

Das Directorate General of Forces Intelligence (DGFI) und die National Security Intelligence (NSI) sind die beiden primären Geheimdienste mit sich überschneidenden Verantwortlichkeiten und Kompetenzen. Beide sind sowohl für nachrichtendienstliche Aufgaben im Innern wie auch nach außen verantwortlich und direkt der Premierministerin in ihrer Funktion als Verteidigungsministerin unterstellt. Medienberichten zufolge waren DGFI und NSI maßgeblich an politisch motivierten Menschenrechtsverletzungen beteiligt, u. a. gegenüber Mitgliedern der Opposition. Auch der Polizei und anderen Sicherheitskräften, insbesondere dem Rapid Action Bataillon, werden Menschenrechtsverletzungen wie Folter und Misshandlungen, willkürliche Verhaftungen und außergerichtliche Tötungen vorgeworfen. Dadurch sollen Geständnisse, Informationen von mutmaßlichen Militanten und Mitgliedern politischer Oppositionsparteien sowie Bestechungsgelder erzwungen worden sein.

Insbesondere im Kampf gegen die Drogenkriminalität dokumentieren lokale und internationale Medien und Menschenrechtsorganisationen gegenwärtig eine Welle außergerichtlicher Tötungen durch bangladeschische Sicherheitskräfte. Laut Amnesty International sind 2018 insgesamt 466 Menschen im Zuge einer Anti-Drogen-Kampagne getötet worden. Die Sicherheitskräfte bedienen sich dabei eines wiederkehrenden Musters, um illegale Tötungen zu vertuschen, wenn sie behaupten, die Todesfälle seien das Resultat von Schusswechseln.

Verbrechen von Polizeibeamt:innen und anderen Sicherheitskräften werden nur selten strafrechtlich verfolgt. Die zivilen Behörden verfügen zwar über wirksame Mechanismen, um das Militär, die Polizei und andere Sicherheitskräfte zu kontrollieren und Missbrauch sowie Korruption innerhalb der Sicherheitskräfte zu untersuchen und zu bestrafen. In der Praxis werden diese Mechanismen allerdings nur selten genutzt. Bedienstete mit politischen Beziehungen zur Regierungspartei besetzten viele der Schlüsselpositionen in den Strafverfolgungsbehörden. Aufgrund langwieriger Gerichtsverfahren und Angst vor Vergeltung zögern Kläger:innen häufig, die Polizei in Strafsachen zu beschuldigen. Das Resultat ist ein Klima der Straflosigkeit.

Korruption ist im bangladeschischen Sicherheitsapparat weit verbreitet. Dem Corruption Perceptions Index der Nichtregierungsorganisation Transparency International zufolge belegte Bangladesch 2021 Platz 147 von 180 Ländern. Auch die Bertelsmann Stiftung verweist in ihrem Länderbericht 2020 auf ein hohes Maß an Korruption unter den Sicherheitskräften hin.

2009 kam es bei Einheiten der Bangladesh Rifles, dem paramilitärischen Grenzschutz, zu Meutereien, die nicht politisch motiviert waren. Hintergrund der Auseinandersetzungen waren Forderungen nach einem höheren Sold und besseren Aufstiegschancen für die Grenzschützer:innen. In diversen Städten kam es zu Kampfhandlungen mit den staatlichen Streitkräften, bei denen mindestens 68 hochrangige Militärbeamt:innen getötet wurden.

Informationen nach den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Überblick über die Einstufung nach BICC-Datenbank

| Kriterium | Bewertung |
|--|-------------------------|
| 1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen | Möglicherweise kritisch |
| 2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland | Kritisch |
| 3. Innere Lage im Empfängerland | Kritisch |
| 4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region | Möglicherweise kritisch |
| 5. Bedrohung von Alliierten | Nicht kritisch |
| 6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft | Nicht kritisch |
| 7. Unerlaubte Wiederausfuhr | Kritisch |
| 8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes | Kritisch |

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

| Kurzname des Abkommens | Status | Quelle |
|--|-------------------|----------------|
| Chemiewaffen-Protokoll von 1928 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Äußerer Weltraumvertrag von 1967 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |

| Kurzname des Abkommens | Status | Quelle |
|--|----------------------------------|----------------|
| Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Chemiewaffen-Konvention von 1997 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Übereinkommen über Streumunition von 2010 | Nicht beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014 | Unterzeichnet, nicht ratifiziert | SIPRI Jahrbuch |

Kommentar

Bangladesch ist Mitglied zahlreicher völkerrechtlicher Abrüstungsverträge, darunter – abgesehen vom Vertrag zum Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden – den wichtigsten nuklearen Rüstungskontrollverträge sowie der Chemiewaffen-Konvention von 1997. Im Jahr 2000 ratifizierte Dhaka die Ottawa-Konvention sowie die Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen. Im September 2013 unterzeichnete das südasiatische Land den Arms Trade Treaty, der auf internationale Standards für den Handel mit Waffen abzielt. Bislang wurde dieser aber noch nicht ratifiziert.

Dem Übereinkommen über Streumunition von 2010 ist Bangladesch nicht beigetreten. Dennoch nahm das südasiatische Land bis 2014 als Beobachter an den Konferenzen der Mitgliedsstaaten teil. Im Dezember 2018 stimmte Bangladesch bei den Vereinten Nationen für eine UN-Resolution zur Konvention; im Juni 2019 nahm das Land am asiatisch-pazifischen Workshop der Konvention auf den Philippinen teil.

Gegen Bangladesch ist derzeit weder von der Europäischen Union noch von den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|-------------|---|
| Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|-------------|---|
| Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Box 5

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2020

Bangladesh's constitution provides for a parliamentary form of government in which most power resides in the Office of the Prime Minister. In a December 2018 parliamentary election, Sheikh Hasina and her Awami League party won a third consecutive five-year term that kept her in office as prime minister. This election was not considered free and fair by observers and was marred by reported irregularities, including ballot-box stuffing and intimidation of opposition polling agents and voters. The security forces encompassing the national police, border guards, and counterterrorism units such as the Rapid Action Battalion maintain internal and border security. The military, primarily the army, is responsible for national defense but also has some domestic security responsibilities. The security forces report to the Ministry of Home Affairs and the military reports to the Ministry of Defense. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. Members of the security forces committed numerous abuses. Significant human rights issues included: unlawful or arbitrary killings, including extrajudicial killings by the government or its agents; forced disappearance by the government or its agents; torture and cases of cruel, inhuman, or degrading treatment or punishment by the government or its agents; harsh and life-threatening prison conditions; arbitrary or unlawful detentions; arbitrary or unlawful interference with privacy; violence, threats of violence and arbitrary arrests of journalists and human rights activists, censorship, site blocking, and criminal libel; substantial interference with the rights of peaceful assembly and freedom of association, such as overly restrictive nongovernmental organization laws and restrictions on the activities of such organizations; restrictions on freedom of movement; restrictions on political participation; corruption; criminal violence against women and girls and lack of investigation and accountability; crimes involving violence or threats of violence targeting indigenous people; crimes involving violence against lesbian, gay, bisexual, transgender, and intersex persons; laws criminalizing consensual same-sex sexual conduct; significant restrictions on independent trade unions and workers' rights; and the worst forms of child labor. There were reports of widespread impunity for security force abuses. The government took few measures to investigate and prosecute cases of abuse and killing by security forces.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2020
<https://www.state.gov/reports/2020-country-reports-on-human-rights-practices/bangladesh/>

Box 6

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2020/2021

Journalists were increasingly persecuted for reporting corruption and criticizing the government's COVID-19 policies. The draconian Digital Security Act (DSA) 2018 was widely enforced to curtail freedom of expression. Police and other law enforcement agencies continued to carry out extrajudicial executions. Violence against women increased during the COVID-19 pandemic. Implementation of the Chittagong Hill Tracts Agreement remained stalled and a crackdown on Indigenous activists intensified. People's right to health care was not adequately protected or fulfilled during the pandemic. Bangladesh continued to shelter nearly 1 million Rohingya refugees from Myanmar as little progress was achieved towards their safe, dignified return.

Quelle: Amnesty International Report 2020/2021
<https://www.amnesty.org/en/location/asia-and-the-pacific/south-asia/bangladesh/report-bangladesh/>

Box 7

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2022

Bewertung für Bangladesch auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 24/60

Politische Rechte: 15/40

Gesamtbewertung: Teilweise frei (39/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 8

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2022

The ruling Awami League (AL) has consolidated political power through sustained harassment of the opposition and those perceived to be allied with it, as well as of critical media and voices in civil society. Corruption is endemic, and anticorruption efforts have been weakened by politicized enforcement. Due process guarantees are poorly upheld and security forces carry out a range of human right abuses with near impunity. Violence and discrimination against religious minorities and refugees, particularly Rohingya who have fled Myanmar, are significant problems.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/bangladesh/freedom-world/2022>

Kommentar

Bangladesch hat alle internationalen Menschenrechtsabkommen ratifiziert; 2010 als erster Staat Südasiens das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs. Die Sicherung grundlegender Menschenrechte ist in der Verfassung Bangladeschs festgeschrieben. In

der Realität existieren in Bangladesch jedoch weiterhin schwerwiegende Menschenrechtsprobleme. Medien und Menschenrechtsorganisationen berichten von willkürlichen Tötungen, Verschwindenlassen (häufig von Anhänger:innen der Oppositionsparteien), Folter, lebensbedrohlichen Haftbedingungen, willkürlichen und rechtswidrigen Festnahmen von Journalist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen, Repressionen gegen Regierungskritiker:innen, Zensur, Eingriffen in die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Menschenhandel, Kinderarbeit, sexualisierter Gewalt gegen Frauen und der Kriminalisierung von Homosexuellen. Teile des Militär- und Sicherheitsapparates waren während der Rohingya-Krise aktiv am Menschenhandel mit geflüchteten Frauen und Kindern beteiligt. Kontrollinstanzen wie eine nationale Menschenrechtskommission und eine Antikorruptionskommission wurden zwar eingerichtet, ihre personelle und finanzielle Ausstattung ist allerdings unzureichend.

Straflosigkeit bei Machtmissbrauch durch Sicherheitskräfte ist weit verbreitet (siehe Kapitel „Polizei und andere Sicherheitskräfte“). Das Justizwesen in Bangladesch ist von Korruption, Ineffizienz und politischer Einflussnahme geprägt. Die Gerichte sind überlastet, Verfahren dauern daher oft viele Jahre. Die Regierung Bangladeschs hat nur wenige Maßnahmen ergriffen, um Fälle von Missbrauch und Tötung durch Sicherheitskräfte zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Im staatlichen Kampf gegen die Drogenkriminalität wurden Hunderte von Menschen Opfer außergerichtlicher Tötungen. 2018 meldete Amnesty International 466 Vorfälle mutmaßlicher außergerichtlicher Hinrichtungen, eine Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr. Von Januar bis September 2019 wurden der inländischen Menschenrechtsorganisation Odhikar zufolge 315 Menschen bei Feuergefechten durch Sicherheitskräfte getötet.

Die Übergriffe und Ermordungen von Journalist:innen, Akademiker:innen und Blogger:innen häufen sich. Verantwortlich hierfür sind neben kriminellen Netzwerken auch Teile des Sicherheitsapparats und der Polizei. Aus diesem und weiteren Gründen wird Bangladesch im Press Freedom Index von „Reporter ohne Grenzen“ 2020 auf Platz 151 von 180 eingestuft. Speziell der Digital Security Act, ein 2018 implementiertes Gesetz zur digitalen Sicherheit, hat die Arbeit von Journalist:innen, Aktivist:innen und NGOs stark beeinträchtigt. Viele wurden seither aufgrund regierungskritischer Äußerungen und angeblicher Falschinformationen festgenommen.

Die Todesstrafe ist in Bangladesch weiterhin intakt; Hinrichtungen (u. a. Tod durch den Strang) werden regelmäßig praktiziert.

Trotz des parlamentarischen Regierungssystems können Wahlen in Bangladesch häufig nicht als frei und fair angesehen werden. Bei der Parlamentswahl im Dezember 2018, bei der Premierministerin Sheikh Hasina und ihre Awami League (AL) zum dritten Mal in Folge im Amt bestätigt wurden, kam es zu Unregelmäßigkeiten, darunter gefälschte Wahlzettel und die Manipulation der Wahlurnen. Wahlhelfer:innen und Wähler:innen der politischen Allianz der Opposition wurden von staatlichen Sicherheitskräften eingeschüchtert. Während des Wahlkampfes berichteten diverse NGOs von Belästigungen, willkürlichen Verhaftungen und Gewalt gegen oppositionelle Kandidat:innen und ihre Anhänger:innen. Viele internationale Wahlbeobachter:innen erhielten für den erforderlichen Beobachtungszeitraum kein Visum.

Innere Lage im Empfängerland

Box 9

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

On December 30, 2018, Bangladesh held national elections. The election was not deemed fair by observers, and from the point of filing nomination papers to election campaigning, the opposition faced severe political obstacles. Their cadres were arrested, and rallies and campaign were attacked by the ruling party's supporters. The government of Prime Minister Sheikh Hasina Wazed, which has been in power since 2009, employed the police as a political tool during the period under review. In many instances, the police filed false cases against supporters of the opposition party and common citizens, many of whom had to pay bribes in order to escape prosecution in false cases. The judiciary remains under executive control, with the government controlling key appointments to the judiciary. Moreover, intelligence agencies were used to intimidate the opposition. There were several cases of extra-judicial killings and enforced disappearances. Moreover, the media is under severe stress. The passage of Digital Security Act 2018 placed severe limitations on the freedom of speech. This act armed law enforcement with the powers to detain citizens indiscriminately on grounds of treason. Most of the media houses have adopted practices of self-censorship in order to survive. The government reached an agreement with Hefazat-e-Islam, a radical Islamist party, for electoral support. In consequence, it recognized the Quami madrassa degree as a gesture of support to the Hefazat. The Quami madrassas curriculum is not drafted by the government, and essentially includes the Dars-i Nizami curriculum. This raised several questions regarding the prudence of the government's decision. In 2017, this group helped spearhead a movement to remove the "Lady Justice" statue, a variation of the Greek god Themis, from the Supreme Court's premises on the ground of idolatry. The partnership with the radical Islamic group, which does not hide its Islamic agenda, also reflects how Bangladesh's government is compromising on the basic values of the country's constitution. In addition, during the period under review, the government was confronted by two popular movements, the Quota Movement and the Road Safety Movement. The Bangladeshi government's decision to use police forces to quell these movements reflected its lack of preparedness in dealing with growing popular frustration, especially among the youth. Labor unrest is another ongoing issue in Bangladesh, affects the country's export potential. Workers are poorly paid and subject to hazardous working conditions, and often lack access to basic health facilities.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2021)

Im Jahresbericht 2021 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamt:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, liegt Bangladesch auf Platz 147 (2020: Platz 146), zusammen mit Madagaskar und Mosambik. Deutschland liegt auf Platz 10.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2021/table/nzl>

Spannungen und innere Konflikte

Bangladesch ist gekennzeichnet durch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Spaltung und politischer Polarisierung. Die Nichtregierungsorganisation ACLED (Armed Conflict

Location & Event Data Project) beschreibt das in Bangladesch vorherrschende Klima als eine „toxisch politische Feindseligkeit“, im Zuge derer Gewalt zwischen den politischen Gegner:innen üblich ist. Das ist vor allem auf die starken Rivalitäten zwischen den zwei großen Parteien – der säkularen, sozialistischen Awami-Liga (AL) und der nationalistischen, islamisch orientierten Bangladesh Nationalist Party (BNP) – zurückzuführen. Besorgniserregend sind jedoch Spannungen infolge des Konflikts zwischen der Regierung und indigenen Bevölkerungsgruppen in den Chittagong Hill Tracts sowie neue Konflikte, die durch die Flucht der Rohingya aus dem Nachbarland Myanmar entstehen.

Nach der Unabhängigkeit von Pakistan im Jahre 1971 eskalierten 1977 in Bangladesch die Spannungen in den Chittagong Hill Tracts, einer Provinz im Südosten des Landes. Daraus entwickelte sich ein 20 Jahre währender Gewaltkonflikt. Der Ursprung dieses Konflikts liegt in den 1960er Jahren, als Bangladesch noch zu Pakistan gehörte. Im Zuge des Baus der Kaptai-Talsperre wurden tausende indigene Einwohner:innen in der Region vertrieben, ohne hierfür je eine Entschädigung zu erhalten. Traditionell sind in den Chittagong Hill Tracts die Jumma ansässig, eine Sammelbezeichnung für unterschiedliche indigene Stämme, die sich von den Bengal:innen in sprachlicher, kultureller, religiöser und ethnischer Hinsicht unterscheiden. Zur politischen Vertretung dieser indigenen Gruppen gründete sich 1972 die Parbatya Chattagram Jana Samhati Samiti (PCJSS), in deren Struktur unter dem Namen Shanti Bahini auch eine bewaffnete Miliz integriert wurde. 1977 griff diese einen bangladeschischen Militärkonvoi an. Es folgten Angriffe auf Polizist:innen und Soldat:innen. Die Regierung reagierte mit Gegengewalt. In der Folge kam es zwischen 1977 und 1997 bei beiden Konfliktparteien zu erheblichen Verlusten. Staatlichen Angaben zufolge hat die Shanti Bahini alleine zwischen 1980 und 1991 mehr als tausend Menschen getötet; mehr als 500 Menschen wurden entführt. Im Rahmen der staatlichen Aufstandsbekämpfung wurden die Jumma Opfer politisch motivierter Verfolgung. Tausende Jumma wurden von den Militär- und Sicherheitskräften inhaftiert, gefoltert, vergewaltigt und getötet. In den 1980er Jahren hatte die Regierung zudem damit begonnen, Bengal:innen in den Chittagong Hill Tracts anzusiedeln. Dies führte zu einer weiteren Vertreibung der indigenen Bevölkerungsgruppen. Heute ist die Mehrheit der Bevölkerung in den Chittagong Hill Tracts bengalischer Herkunft. Das im Dezember 1997 von der Regierung und der PCJSS unterzeichnete Friedensabkommen ist bis heute nicht vollständig implementiert und Spannungen in den Chittagong Hill Tracts bestehen weiterhin. Kommt es in der Region zu Konflikten oder gewaltsamen Auseinandersetzungen, bspw. bei Streitigkeiten um Grundstücke von Jumma, setzt die Regierung auch das Militär ein, um die indigenen Gruppen zu unterdrücken. Das Maß an Gewalt, insbesondere sexueller Gewalt, durch das Militär ist hoch. Amnesty International dokumentierte 2014 bspw. 117 Frauen und Mädchen indigener Abstammung, die physischen und sexuellen Missbrauch erfahren haben – mit dem Verweis darauf, dass dies nur die gemeldeten Fälle sind. Im aktuellen Jahresbericht (Stand: 2021) verweist die Organisation vor allem auf Fälle von außergesellschaftlichen Tötungen, Misshandlungen und Hausdurchsuchungen in der Region.

Für Spannungen sorgt auch die Vertreibung der Rohingya seit dem Ende der 1970er Jahre. Die seit Jahrhunderten in Myanmar ansässige ethnisch-sprachliche und religiöse Minderheit ist bereits seit dem Militärputsch von 1962 im damaligen Birma Ziel von Diskriminierung und Verfolgung. Seither hat das Militär Myanmars diverse Operationen zur gezielten Vertreibung der seit dem Staatsbürgerschaftsgesetz 1982 staatenlosen Ro-

hingya unternommen. Hunderttausende Rohingya, die Myanmar als „illegale Einwanderer:innen aus Bangladesch“ bezeichnet, wurden seither vertrieben. Im Herbst 2017 ging das Militär Myanmars erneut brutal gegen die Rohingya vor. Der versuchte Genozid, bei dem „Ärzte ohne Grenzen“ zufolge mindestens 6.700 Rohingya getötet wurden, war eine Reaktion auf die Anschläge der Rohingya-Miliz ARSA im August 2017. Regierungsangaben zufolge wurden bei dem Überfall auf dutzende Polizei- und Militärposten zwölf Sicherheitskräfte getötet. Die Armee reagierte mit äußerster Brutalität und ging gegen die gesamte Rohingya-Bevölkerung vor. Ganze Dörfer wurden bombardiert und niedergebrannt. Der Großteil der Überlebenden flüchtete nach Bangladesch. 2018 und 2019 kam es erstmals zu Rückführungen nach Myanmar. Viele Rohingya sind jedoch erneut geflohen, da Myanmar ihnen weder Schutz noch Rechte gewährt. Aktuell befinden sich knapp 900.000 geflüchtete Rohingya in Bangladesch (Stand: August 2021). Ihre Lebenssituation in den insgesamt 34 überfüllten Lagern ist prekär. Die lokale Bevölkerung steht der Aufnahme der Rohingya zunehmend kritisch gegenüber, u. a. da Ackerland und Viehzuchtgebiete Siedlungen für Geflüchtete weichen müssen. In der Folge kommt es zu Konflikten zwischen den Einheimischen und Rohingya, vermehrt auch zu Spannungen unter den Geflüchteten. Im Dezember 2020 hat die bangladeschische Regierung begonnen, hunderte Rohingya vom Festland auf die bisher unbewohnte Insel Bhashan Char umzusiedeln. Die Insel ist erst in den letzten Jahren in Folge von Schlickablagerungen im Mündungsdelta des Flusses Meghna entstanden und während der Monsunsaison Stürmen und Überflutungen ausgesetzt. Hilfsorganisationen kritisieren, dass es keinen Zugang zu nachhaltigen Lebensgrundlagen, Bildung und ärztlicher Versorgung gibt. Insgesamt sollen laut Regierungsaussagen bis zu 100.000 Menschen dort angesiedelt werden. Es gibt Berichte, dass Sicherheitskräfte dabei mit Gewalt vorgehen.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Bangladesch liegt in Südasien und verfügt über eine Fläche von 147.570 km². Es grenzt im Südosten an Myanmar und wird im Übrigen von den indischen Bundesstaaten Meghalaya, Tripura, Westbengalen, Mizoram und Assam umschlossen. Die Gesamtlänge der Grenze zu Indien beträgt 4.246 km. Im Süden besitzt das Land eine rund 580 km lange Küstenlinie am strategisch wichtigen und territorial umstrittenen Golf von Bengalen, der zum indischen Ozean gehört. Mit etwa 165 Millionen Einwohner:innen ist Bangladesch das achtbevölkerungsreichste Land der Welt. Gleichzeitig weist das Land unter den Flächenstaaten die höchste Bevölkerungsdichte auf.

Politische Situation in der Region

Bangladesch liegt in einer konflikträchtigen Region. Der bedeutendste regionale Konflikt mit Potential zur nuklearen Eskalation ist der Kaschmir-Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Dieser Konflikt, in dem die Zugehörigkeit des Kaschmirgebiets zentral ist, besteht seit Gründung der beiden Staaten Indien und Pakistan (1947) und drohte in der Vergangenheit mehrfach zu einem Krieg zu eskalieren. Dies hätte verheerende Folgen, da beide Staaten über Nuklearwaffen verfügen. Indien wirft Pakistan unter anderem vor, in Indien aktive terroristische Organisationen zu unterstützen und fordert ein Ende dieser

Unterstützung ebenso wie der Unterstützung kaschmirischer Separatist:innen. Pakistan hingegen fordert eine Volksabstimmung über die Zukunft Kaschmirs, da der Verlust des größtenteils muslimisch geprägten Gebiets als Bedrohung der islamischen Identität des Staates wahrgenommen wird.

Über die Rivalität zwischen Indien und Pakistan hinaus ist die Lage in Südasien durch viele innerstaatliche Konflikte gekennzeichnet. In Pakistan kommt es wiederholt zu zahlreichen Attentaten gegen westliche Staatsbürger:innen und pakistanische Christ:innen. Nepal wurde bis 2006 durch einen maoistischen Aufstand und interne Streitereien innerhalb der Machtelite destabilisiert. In Sri Lanka endete erst 2009 ein jahrzehntelanger Bürgerkrieg durch einen militärischen Sieg der Regierung gegen die LTTE („Tamil Tigers“). Auch in Myanmar kommt es seit der Unabhängigkeit 1948 zu Kämpfen zwischen der Armee und bewaffneten Gruppen. Über 20 ethnische Gemeinschaften kämpfen, besonders im Kachin- und im Shan-Staat, für mehr Autonomie und Selbstbestimmung. Im Norden des Rakhine-Staates kämpft die Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) für die Rechte der muslimischen Rohingya. Im Herbst 2017 attackierten ARSA-Kämpfer:innen dutzende Polizei- und Militärposten in Rakhine. Dabei starben 12 Sicherheitskräfte. Der Angriff ließ den schwelenden Konflikt eskalieren und das Militär ging in der Folge mit äußerster Brutalität gegen die gesamte Rohingya-Bevölkerung vor. Tausende Menschen starben; fast eine Millionen flüchteten nach Bangladesch. Seit Januar 2019 ist mit der Arakan Army (AA) ein weiterer Akteur auf den Plan getreten. Auch die AA, die zwischen 5.000 und 10.000 Kämpfer:innen zählt, mehrheitlich buddhistische Rakhine, wurde von der Regierung Myanmars im März 2020 als terroristische Gruppe eingestuft. Die andauernden Kämpfe hatten sich auch auf den südlichen Teil des Chin-Staates ausgeweitet. Infolge der Kampfhandlungen flüchteten tausende Menschen über die bangladeschische, thailändische und chinesische Grenze oder leben als Binnenvertriebene in Lagern. Der Militärputsch im Februar 2021 sorgte für weitere Konflikteskalationen in Myanmar, die AA wurde im März desselben Jahres jedoch wieder von der Liste der terroristischen Vereinigungen gestrichen.

Die Volksrepublik China unterdrückt die Unabhängigkeitsbestrebungen Tibets, dessen Exilregierung sich in Indien befindet. Seit Jahren gibt es Streit um den Grenzverlauf zwischen dem indischen Hochgebirgs-Territorium Ladakh und der von China kontrollierten Autonomen Region Tibet. Beide Seiten werfen sich gegenseitig vor, den vereinbarten Grenzverlauf zu verletzen. Bei Zusammenstößen entlang der inoffiziellen Grenzlinie kamen zuletzt im Juni 2020 mindestens 20 indische Soldat:innen sowie einige chinesische Soldat:innen ums Leben. Es war der schlimmste Grenzzwischenfall zwischen den beiden Atommächten seit dem Krieg im Jahr 1962, den China gewonnen hatte. Seither kam es vereinzelt erneut zu Provokationen und Warnschüssen an der Demarkationslinie.

Grenzkonflikte

Seine Anerkennung als unabhängiger Staat erhielt Bangladesch – das ehemalige Ostpakistan – 1971 infolge eines neunmonatigen Krieges mit Westpakistan, dem heutigen Pakistan. Im Rahmen des Unabhängigkeitskrieges begingen westpakistanische Militärs und Milizen der islamistischen Partei Jamaat-e-Islami einen Genozid, im Zuge dessen der bangladeschischen Regierung zufolge drei Millionen Menschen getötet, 250.000 Frauen vergewaltigt und 30 Mio. Menschen aus ihren Häusern vertrieben wurden. Der Ursprung

des Konflikts liegt in der Aufteilung des britisch-indischen Kolonialreiches, im Zuge dessen 1947 Indien und Pakistan entstanden. Letzteres setzte sich aus zwei Teilen – West- und Ostpakistan – zusammen, welche geografisch durch Indien getrennt waren. Westpakistan beanspruchte hierbei die politische Führung beider Landesteile. Obwohl das mehrheitlich bengalische Ostpakistan gut die Hälfte der Bevölkerung ausmachte, war es in der staatlichen und militärischen Führung deutlich unterrepräsentiert. Kulturelle und ökonomische Unterschiede innerhalb der zwei Landesteile befeuerten die Spannungen zusätzlich. Der Unabhängigkeitskrieg endete im Dezember 1971 mit der Kapitulation Westpakistans. Am 16. Dezember 1971 erlangte Ostpakistan völkerrechtlich die Unabhängigkeit und benannte sich um in Bangladesch. 1974 wurde Bangladesch offiziell von Pakistan anerkannt.

Indien hatte die Unabhängigkeitsbewegung im Krieg mit Westpakistan unterstützt. Dennoch gab es auch zwischen Indien und Bangladesch in der Vergangenheit zahlreiche Territorialstreitigkeiten, die ihren Ursprung ebenfalls in der Aufteilung des britisch-indischen Kolonialreiches haben. Eine Folge dessen war ein komplexer Grenzverlauf mit über 160 Enklaven auf beiden Seiten der Grenze, in denen mehr als 50.000 Menschen lebten. Nach der bangladeschischen Unabhängigkeit gab es 1974 Regelungsbemühungen zwischen Bangladesch und Indien: Beide Staaten unterzeichneten einen Grenzvertrag, den das bangladeschische Parlament ratifizierte, das indische Parlament jedoch nicht. Ab 1989 begann Indien mit dem Bau eines tausende Kilometer langen Stacheldrahtzauns entlang der gemeinsamen Grenze, an der jährlich hunderte Menschen durch Schusswaffengebrauch der Grenzsicherheitskräfte getötet wurden. 2015 wurde der Jahrzehnte währende Grenzkonflikt mit einem auf Landtausch basierendem Abkommen beigelegt. Indien trat seine 111 Enklaven in Bangladesch ab, welches wiederum seine 51 Enklaven in Indien abtrat. Zusätzlich verzichtete Indien auf 9,17 Quadratkilometer Gebiet und Bangladesch auf 11,23 Quadratkilometer Land. Zwischen Bangladesch und Indien gab es auch Streitigkeiten um die maritime Grenze im Golf von Bengalen. Diese wurden jedoch nach mehreren bilateralen Verhandlungen mit einem Urteil des Ständigen Schiedshofes in Den Haag im Jahr 2014 friedlich beigelegt.

Auch in den Beziehungen zum Nachbarstaat Myanmar spielten maritime Streitigkeiten eine Rolle. Überlappende Besitzansprüche auf Öl- und Gasressourcen an der umstrittenen Seegrenze im Golf von Bengalen hatten viele Jahre zu diplomatischen und militärischen Konflikten geführt, die im März 2012 durch eine Entscheidung des Internationalen Seerechtstribunals beigelegt wurden. Neben Fragen maritimer Grenzen ist das Verhältnis zwischen Bangladesch und Myanmar aber auch gekennzeichnet von Problemen an der gemeinsamen Landesgrenze. Bereits 1978 gab es schwere politische Reibungen durch die Vertreibung von etwa 200.000 arakanesischen Muslim:innen nach Bangladesch. Dieser Konflikt konnte durch diplomatische Gespräche innerhalb von drei Monaten gelöst werden. Dennoch überquerten 1991 erneut eine Viertelmillion Geflüchtete aus dem Rakhine-Staat die Grenze und suchten Schutz in Bangladesch. Dhaka gelang es, den Großteil der Geflüchteten bis Mitte des Jahres 1996 zurückzuführen. Seit der erneuten massenhaften Vertreibung der Rohingya 2017 (siehe [„Spannungen und innere Konflikte“](#)) ist das Verhältnis zwischen den Nachbarstaaten wieder von schweren Vorwürfen geprägt. Premierministerin Hasina Wajed verurteilt die vom Militär Myanmars verübten Gräueltaten gegen die ethnische Minderheit der Rohingya als Genozid. Fast eine Millionen Menschen sind seither über den Grenzfluss Naf in das benachbarte Bangladesch geflohen. Immer

wieder kommt es an der Grenze zu Schüssen von myanmarischen Grenzposten auf Geflüchtete, die auf dem Weg nach Bangladesch sind. Im November 2018 bspw. soll Myanmars Grenzschutz das Feuer auf das Territorium Bangladeschs eröffnet und dabei zwei Menschen verletzt haben.

Regionale Rüstungskontrolle

Es gibt keine regionalen Rüstungskontrollvereinbarungen oder Verhandlungen.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Gegenwärtig sind keine Streitkräfte alliierter Staaten in Bangladesch stationiert. Im Zuge der internationalen Beobachtermission UNMOGIP sind lediglich einige Militärbeobachter:innen aus Kroatien, Italien, Schweden und der Schweiz in der Region Kaschmir stationiert, um den Territorialkonflikt zwischen Indien und Pakistan zu beobachten.

Gefahr von Technologiepiraterie

Laut einer Studie der Business Software Alliance (BSA) betrug die Piraterie-Rate von Software in Bangladesch 84 Prozent im Jahre 2017, und ist damit im Vergleich zu 2015 um zwei Prozentpunkte gefallen. Im Vergleich zu anderen Staaten in der Region Asien-Pazifik, befindet sich Bangladesch damit an der Spitze. Der aus der Technologiepiraterie entstandene wirtschaftliche Schaden belief sich nach BSA Angaben im Jahr 2017 auf geschätzte 226 Millionen US-Dollar und ist damit gegenüber 2015 (236 Mio. USD) gesunken.

Quelle: Business Software Alliance (BSA), Global Software Study 2018

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|---------------|---|
| Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971 | Beigetreten | http://www.icao.int |
| Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987 | Beigetreten | http://www.iaea.org |
| Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998 | Beigetreten | http://www.icao.int |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|-------------|---|
| Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

Kommentar

Bangladesch ist den wichtigsten internationalen Abkommen zur Bekämpfung von Terrorismus beigetreten. Im Zuge dessen hat das Land seine Anti-Terror-Gesetze verschärft und Regeln zur Eindämmung der Terrorismusfinanzierung erlassen. Auf regionaler Ebene koordiniert Bangladesch die Terrorismusbekämpfung mittlerweile im Zuge der „Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC)“ mit den umliegenden Nachbarstaaten.

Seit vielen Jahren kommt es in Bangladesch zu terroristischen Gewalttaten. 2005 detonierten bei einer Anschlagserie zeitgleich rund 500 kleinere Sprengsätze. Die Regierung ging danach erstmals verstärkt gegen islamistische Gruppierungen vor. Sowohl Harakat ul-Jihad-i-Islami/Bangladesh (HuJI-B; 1992 gegründet) als auch Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesh (JMB; 1998 gegründet) wurden verboten, einige ihrer führenden Personen verhaftet und hingerichtet. 2013 wurde das Ansarullah Bangla Team (ABT), der regionale Ableger von Al-Qaida in Bangladesch, gegründet. Ansar al-Islam (AAI) gilt als Nachfolger der mittlerweile zerschlagenen ABT.

Seit 2015 erlebt das Land eine Zunahme an Terroranschlägen, insbesondere mit Bezügen zu international operierenden Gruppen. Der sogenannte Islamische Staat (IS) verübte 2016 u. a. den international am stärksten beachteten Terroranschlag auf ein Café im Diplomat:innenviertel der Hauptstadt Dhaka. Dabei starben 29 Menschen. Der Anschlag zog eine landesweite Verhaftungswelle nach sich; insgesamt wurden dabei 5.325 Personen festgenommen, von denen 85 einen radikal-islamistischen Hintergrund gehabt haben sollen. 2019 kam es in Bangladesch zu sechs IS-Anschlägen mit improvisierten Sprengkörpern auf die Polizei. Neben dem IS und AQIS sind auch andere islamistische Gruppierungen in Bangladesch aktiv. Durch den hohen Fahndungsdruck gab es in letzter Zeit jedoch kaum noch Aktionen von Terrororganisationen wie HuJI-B und JMB. Der IS scheint über die Zusammenarbeit mit lokalen bangladeschischen Terrorgruppen die Möglichkeit zu nutzen, seine Netzwerke in den angrenzenden indischen Bundesstaat Westbengalen hinein auszudehnen.

Eine wesentliche Triebfeder der islamistischen Gruppen ist die aus ihrer Sicht zu große Nähe der Regierung zum Westen. So wird etwa die Beteiligung an VN-Missionen in islamisch geprägten Ländern als eine Unterstützung der westlichen „Kreuzfahrer“ angesehen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

| Abkommen | Status | Quelle |
|---|-------------------|---|
| Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003) | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004) | Nicht beigetreten | http://treaties.un.org |
| Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005) | Nicht beigetreten | http://treaties.un.org |

Kommentar

Bangladesch unterzeichnete 2011 die VN-Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität aus dem Jahre 2003, hat bislang allerdings u. a. das Zusatzprotokoll gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen nicht unterzeichnet.

Seit dem Ausbruch der Krise um die Vertreibung der Rohingya im August 2017 floriert an der östlichen Landesgrenze der illegale Handel mit Drogen. Myanmars westlicher Rakhine-Staat ist für die gesamte Region Südasien mittlerweile zu einem Hauptumschlagplatz für Rauschmittel geworden.

Die Netzwerke und Routen des illegalen Drogenhandels werden auch für den illegalen Handel mit Waffen genutzt. Die Stadt Cox Bazar und die benachbarte Region Chittagong, in der sich viele große Flüchtlingslager befinden, dienen als Umschlagplatz auf einer strategischen Route des illegalen Waffenhandels nach Indien und Nepal, um die Gebirgszüge in Nord-Myanmar zu umgehen. Die indische United Liberation Front of Assam (ULFA) – eine aufständische Gruppe, die die Unabhängigkeit von Indien anstrebt – kaufte bspw. Waffen von China und schmuggelte sie wiederholt vom Hafen in Cox Bazar über den Landweg nach Indien.

Im Zuge des internationalen Menschenhandels werden Menschen aus Bangladesch zur Zwangsarbeit nach Indien, in die Golfstaaten und übers Meer nach Südostasien geschmuggelt. Frauen landen dabei oft in der Zwangsprostitution, Männer auf dem Bau. Die größte Zahl an Menschen gelangt über die poröse, stellenweise sehr schwer zu überwachende Grenze nach Indien. Insbesondere zum indischen Gliedstaat Westbengalen gibt es in Bangladesch, dem ehemaligen Ostbengalen, rege Kontakte. Ermöglicht wird der illegale Handel an der schwer bewachten Grenze insbesondere durch korrupte Grenzpolizist:innen.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

| Abkommen | Status | Quelle |
|--|-------------|---|
| Völkermord-Konvention von 1951 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978 | Beigetreten | SIPRI Jahrbuch |
| Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002 | Beigetreten | http://treaties.un.org |
| Anti-Korruptions-Konvention von 2005 | Beigetreten | http://treaties.un.org |

UN-Berichterstattung

Bangladesch hat zuletzt im Jahr 2010 an das Waffenregister der Vereinten Nationen berichtet. Seither gibt es nur sporadisch Informationen zu den Importen des Landes mittels der Berichte von Handelspartnern. Den internationalen Waffenhandelsvertrag hat Bangladesch zwar bereits im September 2013 unterzeichnet, allerdings bislang nicht ratifiziert. Dementsprechend hat das Land hierfür noch keine Berichte eingereicht.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Bangladesch beteiligt sich am VN-Aktionsprogramm zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und hat Gesetze erlassen, welche die Ein- und Ausfuhr von Waffen regulieren. Trotz der auf dem Papier existierenden Standards und verstärkter Anstrengungen der nationalen Sicherheitsbehörden bleibt die illegale Verbreitung, insbesondere von Klein- und Leichtwaffen, in Bangladesch und den Grenzregionen mit Indien und Myanmar ein großes Problem. Mehr als 400.000 illegale Kleinwaffen sind in Bangladesch im Umlauf, die u. a. auf den Schwarzmärkten in Dhaka und Cox' Bazar gehandelt werden. Zu den lokalen Käufer:innen zählen Links- und Rechtsextremist:innen, islamistische Terrororganisationen, kriminelle Organisationen, politische Kader und die Aufständischen der Chittagong Hill Tracts. Auch viele Zivilpersonen decken sich aufgrund des Misstrauens gegenüber den örtlichen Sicherheitsbehörden zum persönlichen Schutz mit Pistolen und Gewehren ein. Rund 660.000 legale und illegale Kleinwaffen sind schätzungsweise im Besitz von Privatpersonen (Stand: Dezember 2020). Kleine Geheimgeschäfte und Fabriken auf der Insel Moheshkhali stellen billige Kleinwaffen für lokale Käufer:innen her.

Auch aus den Polizeibehörden und Militärbeständen stammen Teile der illegal in Bangladesch gehandelten Waffen. Insbesondere im Bereich der Klein- und Leichtwaffen ist das Risiko hoch, dass Waffen aus staatlichen Arsenalen verschwinden und über den Schwarzmarkt und Schmuggel in den Händen nicht-staatlicher Gewaltakteure im In- und Ausland landen. Eine große Rolle spielt hierbei die hohe Korruption im Polizei- und Militärsektor.

Sie ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass Bangladesch als Transitland für Waffenhändler:innen aus dem gesamten asiatischen Raum von Bedeutung ist.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 10

Auszug aus dem Transformationsatlas 2020 der Bertelsmann Stiftung

Economically, the country grew at a rate of more than 7.3% in fiscal year 2017/18. Foreign remittances grew by 17.5% in fiscal year 2017 to 2018, reaching a total of \$12.1 billion. In December 2018, the net inflow of foreign remittances reached \$15.53 billion. The inflation rate was 5.5% in December 2018. Foreign exchange reserves stood at \$32 billion in FY 2018. Bangladesh received foreign direct investment of a total \$3.61 billion according to World Investment Report, 2019. The government favors market liberalization. However, political considerations play an important role in this respect. Due to the extreme level of corruption, many of the public banks face a severe bad-loan crisis. According to Bangladesh Bank's report, 55 banks have provided about \$4.1 billion in credit and loans to large businesses, accounting for 36% of total loans provided, against a total paid-up capital of \$10.73 billion. The value of loans in default had risen to \$8.84 billion by the end of June 2018. The government has amended the Bank Company Act to increase the number of family members who are allowed to sit on private bank boards, from two to four. Moreover, the tenure of directors has also been extended from six to nine years. Corruption also remained a major issue in public life in general. On a more positive note, the country's performance in bridging the gender gap was significant, and it was top performer in South Asia in this respect.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

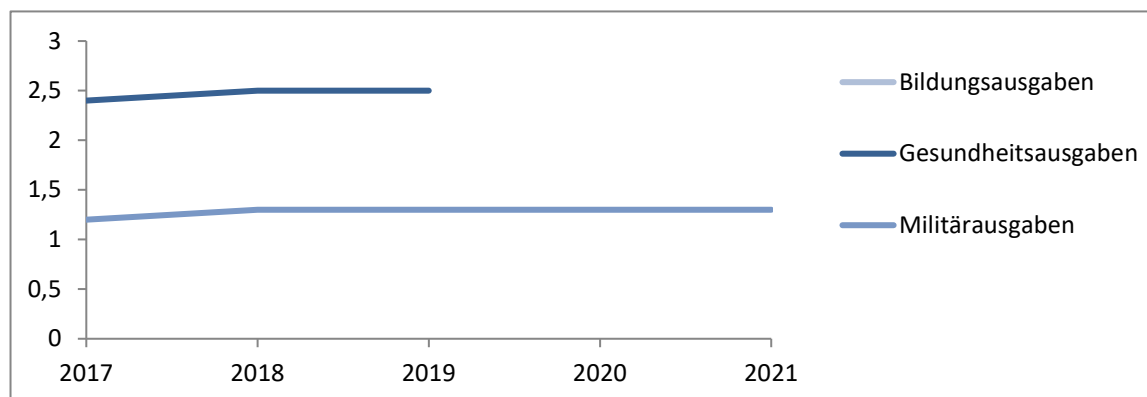
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|--|------|------|------|------|------|
| Militärausgaben (in Millionen US-Dollar) | 3638 | 4006 | 4574 | 4558 | 4638 |
| Militärausgaben/BIP | 1,2 | 1,3 | 1,3 | 1,3 | 1,3 |
| Gesundheitsausgaben/BIP | 2,4 | 2,5 | 2,5 | - | - |
| Bildungsausgaben/BIP | - | - | 1,3 | - | - |

Angaben in konstanten Preisen mit 2020 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

| | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|---|---------|---------|---------|---------|-------|
| Auslandsverschuldung | 38481 | 46819 | 52138 | 57094 | 67749 |
| Anteil am BIP (in Prozent) | 17,4 | 18,8 | 19,1 | 18,9 | 20,6 |
| Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)* | 1250,16 | 2289,14 | 2355,33 | 2521,46 | - |
| Net ODA (% of GNI)* | 0,52 | 0,85 | 0,82 | 0,8 | - |
| Deutsche ODA Zahlungen* | 65,12 | 81,68 | 115,15 | 131,48 | - |

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2019); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2019).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

| | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Militarisierungswert | 139,4 | 131,7 | 133,5 | 137,6 | 135,6 |
| Index-Platzierung | 102 | 112 | 111 | 105 | 110 |

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

| | | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 |
|---------|----------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Indien | Militarisierungswert | 180,5 | 180,2 | 179,9 | 179,1 | 190,7 |
| | Index-Platzierung | 66 | 67 | 69 | 71 | 65 |
| Myanmar | Militarisierungswert | 268,9 | 253,9 | 221,4 | 212,8 | 237,6 |
| | Index-Platzierung | 23 | 30 | 46 | 51 | 36 |

Quelle: Global Militarization Index (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2021.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

| | | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 |
|---------|---------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Indien | Militärausgaben (absolut) | 67939 | 70902 | 75249 | 72937 | 73575 |
| | Militärausgaben/BIP | 2,5 | 2,4 | 2,5 | 2,9 | 2,7 |
| Myanmar | Militärausgaben (absolut) | 3464 | 2357 | 2280 | 3208 | 2995 |
| | Militärausgaben/BIP | 3,6 | 2,3 | 2,1 | 3,0 | 3,3 |

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2020).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 |
|----------|-------|-------|-------|-------|-------|
| HDI-Wert | 0,595 | 0,606 | 0,616 | 0,625 | 0,632 |

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Bangladesch nimmt auf dem Human Development Index 2020 Platz 133 von 189 Ländern ein. Mit einem HDI-Wert von 0,632 gilt das Land der als Lander mit mittlerer menschlicher Entwicklung. Obwohl seit 1990 (HDI-Wert von 0,394) eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen ist liegt das südasiatische Land im regionalen Vergleich noch immer hinter Indien, Sri Lanka, Bhutan und den Malediven. Im Global Competitive Index 2019, der die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes misst, liegt Bangladesch hinter Tadschikistan auf Platz 105 von 141 berücksichtigten Staaten.

Zwar ist die Wirtschaft Bangladeschs ist seit 2008 um durchschnittlich mehr als sechs Prozent pro Jahr gewachsen, 2020 brach das Wachstum des BIP laut Weltbank deutlich ein und erreichte nur noch 2,4 Prozent (2019: 8,2 Prozent). Der Rückgang ist auf die Folgen der Covid-19-Pandemie zurückzuführen, zeigt jedoch wie anfällig die Wirtschaft Bangladeschs ist. Im laufenden Jahr (2021) haben sich die Exporte und Konsumausgaben jedoch weitestgehend erholt. Zurückzuführen ist das hohe Wirtschaftswachstum insbesondere auf eine zunehmende industrielle Produktion. Dank des wirtschaftlichen Aufschwungs und der jungen Bevölkerung konnte Bangladesch auch seine sozialen Indikatoren deutlich verbessern. Laut Weltbank wurde der Anteil von Menschen, die in Armut leben vom Beginn des Jahrhunderts bis 2018 von 48,9 auf 24,3 Prozent der Bevölkerung reduziert; bei der sogenannten extremen Armut sank die Zahl zwischen 1991 von 43,5 auf 14,3 Prozent im Jahr 2016. 40 Millionen Menschen sind in Bangladesch laut Welternährungsprogramm dennoch weiterhin unterernährt. Setzt sich die positive Wirtschaftsentwicklung in Bangladesch weiter fort, wird Bangladesch bei den Vereinten Nationen voraussichtlich im Jahr 2026 von den Least Developed Countries in die Kategorie der Moderately Developed Countries aufsteigen.

Die Militärausgaben Bangladeschs sind in den vergangenen Jahren stetig erhöht worden: betragen sie in absoluten Zahlen im Jahr 2010 noch 2,4 Milliarden, waren es im Jahr 2020 bereits 4,3 Milliarden US-Dollar. Zwischen 2017 und 2021 stiegen die Ausgaben für das Militär dabei um knapp 30 Prozent. Angesichts des Wirtschaftswachstums der letzten Jahre hat sich in Bezug auf die Militärausgaben Anteilig am Bruttoinlandsprodukt (1,3 Prozent) in den letzten Jahren jedoch kaum etwas verändert. Der Anteil der Ausgaben für Gesundheit und für Bildung am BIP lag auch 2019 über dem Anteil der Militärausgaben. Dennoch sind die Pro-Kopf-Ausgaben im Bereich Gesundheit und Bildung verhältnismäßig gering. Die Bildungsausgaben beliefen sich auf 1,5 Prozent des BIP (2016), die Gesundheitsausgaben auf nur 2,3 Prozent (2018). Der starke Anstieg der absoluten Militärausgaben, der sich wohl auch zukünftig fortsetzen wird, ist insbesondere auf das militärische Modernisierungsprogramm „Forces Goal 2030“ zurückzuführen. Seit 2009 zielt dieses insbesondere auf die strukturelle und materielle Modernisierung sowie bessere Vernetzung und Mobilität der Teilstreitkräfte ab.

Im Ranking des Globalen Militarierungsindex des BICC lag Bangladesch in den vergangenen fünf Jahren stets auf einem Platz zwischen 102 und 112. Bei 151 berücksichtigten Staaten gehört Bangladesch damit im weltweiten Vergleich noch zu den eher gering militarisierten Ländern. Angesichts des soliden Wirtschaftswachstums, des derzeit noch geringen Militarierungsgrades, sowie der zuletzt sinkenden Armenquote stellen die wachsenden Sicherheitsausgaben aktuell kein akutes Problem dar. Ob des geringen Entwicklungsgrades des Landes, stellen jedoch alle nicht dringend notwendigen Investitionen in die Streitkräfte eine Herausforderung für die Entwicklung des Landes dar. In der

Datenbank des BICC wird Kriterium 8 des gemeinsamen Standpunktes daher als kritisch eingeschätzt.